Calwer Tagblatt

Nr. 40. Amts- und Anzeigeblatt für den Oberamtsbezirk Calw. 97. Jahrgang

Erscheinungsweise: 6mal wöchentlich. Anzeigenpreis: Die kleinspaltige Zeile Mk. 1.— Reklamezeile Mk. 3.—. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Fernspr. 9. | Freitag, den 17. Februar 1922. | Bezugspreis: In der Stadt mit Trägerlohn Mk. 24 — vierteljährlich. Postbezugspreis Mk. 24 — mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichstag nahm gestern den deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichs-Vertrag an.

*

Die interalliierte Militärkommission hat eine Note über die deutschen Werke überreicht, wonach diese Werke unter weitgehendster Kontrolle vorläufig weiterarbeiten können.

*

In der französischen Kammer unterhielt man sich wieder einmal mit der Frage, wie der Staatshaushalt Frankreichs am besten auf Kosten Deutschlands aufgestellt werden könne. Man muß sagen, die Franzosen treiben eine geradezu meisterhafte Politik der — Versöhnung.

*

Die französische Verschleppungspolitik bezüglich der Konferenz von Genua ist sowohl in London wie in Genua auf Widerstand gestoßen. Man spricht davon, daß die italienische Ministerkrisis auf französische Einflüsse zurückzuführen ist, und daß französische Bestrebungen sogar auf einen Sturz Lloyd Georges ausgehen.

Reichstag.

Der deutsch-schweizerische Schiedsgerichtsvertrag.

Berlin, 16 Febr. In der heutigen Sitzung des Reichstags stellte sich der neue Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rathenau, bei Gelegenheit der ersten Beratung eines deutsch-schweizerischen Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrags dem Hause vor, bedauerte aber, sich noch nicht ausführlich über sein Programm äußern zu können. Bezüglich des Entwurfs erklärte er, dieser sei ein Vertrag des ausgleichenden Rechts und bedeute eine neue Stellungnahme Deutschlands zu dem Gedanken des Schiedsgerichts, anders als seine Stellungnahme zum Schiedsgericht im Haag. Kaum einen Vertrag werde man finden, der zwischen Völkern zur Vermeidung von Streitigkeiten abgeschlossen sei und in so vollkommener Restlosigkeit wie der vorliegende alle möglichen Differenzen vorsehe und zu beseitigen versuche. Er hoffe, daß sich weitere Schiedsgerichtsverträge mit anderen Staaten anschließen würden. — Abg. Schücking (Dem.) begrüßt das Gesetz als Vorsitzender der deutschen Gruppe der interparlamentarischen Union. Das alte Deutschland habe Schiedsverträge abgelehnt, aber das neue sehe ein, daß Machtpolitik zu keinem guten Ende führe. Er trat dann für die Ausbreitung dieses Geistes auf den deutschen Universitäten ein und für die Verbrennung aller Kriegsschriften. — Abg. Braun-Franken (Soz.) stimmte der Vorlage zu, die eine Aera der internationalen Zusammenarbeit eröffne. — Abg. Dr. Kahl (D.V.P.) sprach ebenfalls seine Genugtuung über den Vertrag aus und polemisierte dann gegen den Abg. Schücking, der die geistigen Grundkräfte des alten Deutschland verkenne. Unter Hinweis auf Oberschlesien und tausend andere Rechtsverdrehungen forderte er Schücking auf, seine Einflüsse in Bezug auf Völkerversöhnung bei jenen auszuüben, an deren Adresse sie gehörten. — Abg. Dr. Schreiber (Ztr.) begrüßte den Vertrag als einen außerordentlichen Gewinn, ebenso Abg. Dr. Breitscheid (U.S.P.), der hofft, daß solche Verträge unter Umständen nicht doch nur zu einem Fetzen Papier werden, während Abg. Frölich (Komm.) den Vertrag für eine Satire erklärte. — Der Vertrag wurde sodann in allen drei Lesungen einstimmig angenommen. — Nach Annahme eines Vertrags zwischen Deutschland und Oesterreich in Angelegenheiten von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wurde die Beratung des Reichsmietengesetzes fortgesetzt und nach einigen Aufklärungen des Ministerialdirektors Dr. Ritter zur Abstimmung geschritten. Die einzelnen Paragraphen wurden im Wege des Hammelsprungs mit einigen Abänderungsanträgen angenommen und in einer Entschließung die Reichsregierung aufgefordert, bis zum 1. April 1926 einen Gesetzentwurf über Aenderung oder Aufhebung des Reichsmietengesetzes vorzulegen. Damit ist die zweite Lesung beendet. — Außerhalb der Tagesordnung stellte Staatssekretär Stieler auf eine diesbezügliche Bemängelung des Abg. Dittmann (U.S.P.) fest, daß der Reichsverkehrsminister, ehe er gestern im Reichstag sprach, den Erlaß betreffend Nachprüfung oder Milderung von Entlassungen oder Disziplinierungen von Eisenbahnern unterzeichnet hatte, der noch abends an die Direktionen abgegangen sei. — In der morgen nachmittag 2 Uhr beginnenden Sitzung wird u. a. die Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus beraten.

Zur auswärtigen Lage.

Die Antwort der Botschafterkonferenz über das Schicksal der deutschen Werke.

Berlin, 16. Febr. Als Antwort auf die Note der deutschen Regierung vom 12. Februar 1921 über die Frage der Deutschen Werke und im Anschluß an den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 28. Dezember 1921 hat dere Vorsitzende dere interalliierten Militärkommission, Nollet, eine Note an das Auswärtige Amt gerichtet. Die deutsche Regierung wird aufgefordert, der Kommission bis zum 15. Mai das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Erfurt, Spandau-Haselhorst und Wolfgang (bei Hanau) und einen Uebersichtsplan, aus dem die Nutzbarmachung der für die zukünftigen Fabrikationszwecke in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist, zu überreichen. Die Note bestimmt weiter, daß die Fabrikationsweisen, die endgültig verboten sind, provisorisch weiter betrieben werden können, aber nur unter den Verhältnissen, unter denen sie sich jetzt abwickeln. Die vorstehenden Anweisungen beziehen sich nicht auf die Ausführungen von Entscheidungen, die seitens der Kommission schon vorher getroffen worden sind und die sich auf Fabrikationszweige beziehen, die nicht durch die Entschließung der Botschafterkonferenz vom 28 Dezember 1921 revidiert worden sind. Für jedes der in Betracht kommenden Werke stellt die Note Richtlinien auf. In den Werken Spandau-Haselhorst darf die Herstellung von Schußwaffen, Jagd- und Sportmunition nicht weiter geführt werden; im Werke Wolfgang (Hanau) wird die Herstellung von Nitrozellulose verboten. Die Werke dürfen jedoch die Fabrikation provisorisch weiterführen. Endgültig wird genehmigt die Herstellung von Kolodium zu dem Zwecke und zur Verfertigung von künstlichem Leder, die Herstellung von Schmirgelpapier, die Reparatur von Eisenbahnwaggons und Lokomotiven, sowie alle der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten. Alle Fabrikationszweige müssen innerhalb einer Zone von 12 Hektar vereinigt weren. Ferner muß die Herstellung von Nitrozellulose auf 50 Tonnen monatlich herabgesetzt werden. Alle Gebäude und Anlagen, die außerhalb der 12 Hektarzone liegen, sind unverzüglich zu entfernen mit Ausnahme der für die Beleuchtung und Heizung der Bureaus und der Wohnräume erforderlichen Leitungen. Alle ins Einzelne gehenden Anordnungen über die Durchführung der vorerwähnten Maßnahmen werden seitens der Distriktskommissionen der interalliierten Militärkontrollkommission gegeben. Im Hüttenwerk Spandau gestattet die interalliierte Kommission die von der deutschen Regierung beantragte Errichtung eines Ergänzungswalzwerkes. In Bezug auf die Entscheidungen der Kommission über die Zerstörung sowie Zerstreuung von Maschinen der Werke Erfurt und Spandau ist keine Aenderung eingetreten. Die Kontrolle der Distriktskommissionen über Verkäufe oder Neubeschaffungen von Maschinen bleibt aufrecht erhalten. Die von der deutschen Regierung beantragte Fristverlängerung für die Zerstreuung von Maschinen der Werke Spandau und Haselhorst wird zugestanden. Der Termin ist auf den 1. März verschoben worden.

Die französische Haushalteinstellung auf Deutschland.

Paris, 17. Febr. In der gestrigen Kammersitzung wurde die Aussprache über das Finanzgesetz betreffend die Ausgaben begonnen, die Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles zur Last fallen. Der Berichterstatter, Abgeordneter Eymond, führte aus, am 1. Januar 1922 habe Frankreich für das Konto Deutschlands 80 Milliarden Francs vorgesehen, 45 Milliarden für Reparationen, d. h. für Sachschäden 25 Milliarden, 10 Milliarden für die an Personen zu zahlenden Entschädigungssummen u. 10 Milliarden als Zinsen für abgeschlossene Anleihen. Für das Budget im Jahre 1922 kommen noch die Summe von 10.577 Millionen Franks hinzu. Der Friedensvertrag, der eine gerechte Entschädigung vorgesehen habe, habe in San Remo, Boulogne, Paris und London Abändreungen erfahren, die das glückliche Ergebnis beeinträchtigt hätten. Frankreich werde nur 89 Milliarden Goldmark an Stelle der zu zahlenden Milliarden erhalten. Der Redner wiederholte alsdann die bekannten Vorwürfe gegen die deutsche Regierung, besprach darauf die kürzlichen Vorschläge der deutschen Regierung zur Sanierung ihrer Finanzen und betonte zum Schluß, jedes Zugeständnis, das man Deutschland gemacht, jeden Vorteil, den man ihm bewilligt, jede Verlängerung der Zahlungsfrist, die man gewährt habe, hätten als unmittelbare und unvermeidliche Folge neue Lasten dem französischen Staatsschatz auferlegt, die er nur schwer tragen könne. **Gewähre man Deutschland Erleichterungen, so überlaste man Frankreich.** Der Berichterstatter verlangte schließlich eine internationale finanzielle Solidarität. — Abgeordneter Graussau, als Vorsitzender des Ausschusses für die befreiten Gebiete, wies besonders auf die Tätigkeit der Repärationskommission und auf die Machtbefugnisse hin, die ihr der Friedensvertrag zuerkannt habe. — Ministerpräsident Poincare unterbrach den Redner mit der Erklärung, die Reparationskommission habe Ursache gehabt, unzufrieden zu sein. Sie habe sich fortgesetzt an die Regierungen wenden müssen. Von nun an aber werde sie ihre Machtbefugnisse wieder erhalten. Er habe die Befriedigung, nach dieser Richtung hin sich in vollständigem Einvernehmen mit den Alliierten zu befinden. — Abgeordneter Groussau behauptete, Deutschland könne zahlen. Er beglückwünschte die Regierung zu dem Entschluß, **die vollständige Ausführung des Friedensvertrags zu erzwingen.** — Ministerpräsident Poincare erklärte in einer Zwischenbemerkung, die deutsche Regierung beabsichtige eine Zwangsanleihe aufzulegen, deren Ergebnis nicht so ergiebig sein werde, wie man gehofft habe, weil der Reichstag sich geweigert habe, gewisse Bedingungen aufzunehmen. Die Reparationskommission müsse also handeln. Poincare behauptete, **es sei vollkommen unrichtig zu sagen, daß der deutsche Steuerzahler schwerere Lasten trage als der französische.** Tatsächlich müsse man, um dies feststellen zu können, nicht nur die direkten, sondern auch die indirekten, sowie die Provinzial- und Kommunalsteuern zum Vergleich heranziehen. — Abgeordneter Loucheur unterstützte die Erklärungen der Regierung und wies auf die durch den Wechselkurs entstandenen Schwierigkeiten hin. — Abgeordneter Groussau verwahrte sich zum Schluß seiner Rede dagegen, daß Frankreich, wenn es seine gerechten (!) Forderungen verteidigen und seine Sicherheit gewährleisten wolle, des Imperialismus und des Militarismus bezichtigt werde. Wenn die Alliierten nicht die kürzlich verkundete Solidarität für den Wiederaufbau gewährten, sei eine Katastrophe unvermeidlich. — Weiterberatung heute nachmittag. Vorher Interpellation des Abgeordneten Bouteille über die Zwischenfälle in Oberschlesien.

Der italienische Ministerpräsident über die Augenpolitik der Regierung.

Rom, 16. Febr. (Kammer.) In der heutigen ersten Sitzung nach der Vertagung erklärte Ministerpräsident Bonomi, angesichts der Tatsache, daß eine Majoritätspartei zur Opposition übergegangen sei, habe das Kabinett es für seine Pflicht gehalten, zurückzutreten. Es stelle sich heute der Kammer wieder vor, um ein klares und unzweideutiges Urteil zu hören. Bonomi gab einen Rückblick über die innerpolitische Tätigkeit des Kabinetts u. wandte sich dann der äußeren Politik zu. **Das während des siegreichen Krieges mit den Westmachten verbundete und mit den Vereinigten Staaten befreundete Italien bleibe Mitglied der Gruppe der großen Mächte, die heute die Weltpolitik beherrschten.** Da es indessen durch seine Stellung, seine Tradition, seine Interessen und Ideale von tiefer Friedensliebe (?) erfüllt sei, so könne und müsse Italien in die Versammlung der Großmächte, der es angehöre, den Geist der Mäßigung und Versöhnung hineintragen, durch den allein man zu einem Wiederaufbau Europas gelangen könne. Nach einem Rückblick auf die von Italien in Paris in der oberschlesischen Frage, in Washington in der Frage der Entwaffnung und bei den Beratungen über einen Zahlungsaufschub für Deutschland entfaltete Tätigkeit legte Bonomi die Erwägungen dar, aus denen heraus man in Cannes zu dem Gedanken einer **Konferenz in Genua** gekommen sei. Er fügte hinzu, daß Italien in Cannes neben Großbritannien gestanden habe, um die Einberufung einer Konferenz zu stützen, auf der Sieger, Besiegte und Neutrale zusammentreffen und unter gewissen Bedingungen die kapitalistische und die Sowjetwirtschaft einander begegnen sollten. Da Italien erreicht habe, daß diese Konferenz in Genua zusammentrete, habe es Europa gegenüber eine Verpflichtung übernommen. Italien werde zu dem bestimmten Tage, der bisher noch nicht geändert sei, bereit sein. Bonomi gedachte ferner des Ablebens des Papstes Benedikt XV. und sagte, das Kabinett habe wieder einmal den Beweis erbringen können, daß **eine freie, geistliche Autorität der Kirche sich im Rahmen eines freien Staatswesens entwickeln könne.** Zum Schluß erklärte Bonomi, das Parlament habe über die Tätigkeit der Regierung das Urteil zu sprechen. Wir wünschen, so fährt er wörtlich fort, ein offenes, loyales und aufrichtiges Urteil. Sollte es zweideutig oder unbestimmt sein, so würde es nicht nur das Leben des Kabinetts, sondern auch die höchsten Interessen Italiens treffen.

Französische Intrigen gegen Lloyd George.

London, 16. Febr. Balfour ist gestern vom König im Bukinghampalast empfangen worden und hatte mit ihm eine auffallend lange Unterredung. **Man bringt sie mit der Möglichkeit in Verbindung, daß Balfour als Nachfolger Lloyd Georges ausersehen sei,** wenn auch gesagt wird, daß Balfour ausführlich über das Ergebnis der Washingtoner Konferenz berichtet habe. Seine Kandidatur für die Ministerpräsidentschaft ist nicht von der Hand zu weisen. Lloyd George ist tatsächlich müde und zwar in dem Sinne, daß er von den systematischen, französischen Sabotagen genug hat und jetzt den Franzosen nicht ungern beweisen möchte, daß sein Austritt aus der Regierung keinen Wechsel in der europäischen Restaurationspolitik der englischen Regierung zur Folge haben würde. Er möchte ihnen also beweisen, daß die englische Politik nicht die persönliche Politik eines Lloyd George ist. Um diese Lehre den Franzosen beizubringen, ist Balfour der geeignetste Mann. Er ist einer der angesehensten Führer der Konservativen und hat bei den Pariser Verhandlungen neue Lorbeeren geerntet. Er ist auch der Mann, der ele-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

gant und anmutig wieder zurücktreten wird, sobald es Lloyd Gorge ermöglicht wird, die Zügel der Regierung nochmals zu übernehmen.

Rom, 16. Febr. Die erneut auftauchenden Gerüchte einer Demission Lloyd Georges werden hier als **weiteres Intriguenspiel Poincares gegen Lloyd George bezeichnet** und dementsprechend bewertet. Man ist hier davon überzeugt, daß, nachdem Poincare und seine Hintermänner erfolgreich die Hand beim Sturz Bonomis im Spiel hatten, sie nunmehr auch Lloyd George zu Fall zu bringen hoffen.

England weicht wieder einmal mutig zurück.

London, 16. Febr. Das Reuter'sche Bureau teilt mit, daß die britische Regierung mit gewissen Vorbehalten ihre Zustimmung zu dem Vorschlag der französischen Regierung ausgesprochen habe, daß die Frage der deutschen Reparationsverpflichtungen für das laufende Jahr von der Reparationskommission geprüft werde.

Ausland.

Die Verfolgung der Mörder Erzbergers in Ungarn.

Berlin, 27. Febr. Ueber den Aufenthalt der Mörder Erzbergers in Ungarn weiß der Budapester Korrespondent des „Berliner Tageblatts" folgendes mitzuteilen: Der Münchener Kaufmann Heinrich Schulz und der frühere Oberleutnant Heinrich Tillessen sind bereits im Oktober 1921 aus München in Budapest eingetroffen. Sie verkehrten dort in den prunkvollen Vereinslokalen der beiden irregulären Organisationen, des „Vereins der erwachenden Ungarn", dessen militärischer Leiter der bekannte Bandenführer Oberleutnant Heijas ist, und des „Landeswehrmachtvereins Move", der unter Führung des Generalstabshauptmanns Gömbös steht. Im Dezember 1921 wurden Schulz und Tillessen durch einen Zufall erkannt. Die deutsche Gesandtschaft meldete dies sofort der ungarischen Polizei. Etwa 14 Tage lang geschah in der Sache nichts, obwohl die deutsche Gesandtschaft wiederholt um Erledigung bat. Mittlerweile hatte die deutsche Staatsanwaltschaft, die von der Sache verständigt worden war, 2 deutsche Detektive nach Budapest gesandt. Die Nachforschungen dieser Detektive wurden von der ungarischen Polizei stark verzögert. Den deutschen Detektiven gelang es nach Aufnahme der Nachforschungen, die Identität der beiden Mörder Erzbergers festzustellen. Sie ermittelten, daß die beiden mittels Chiffre-Schrift eine lebhafte Korrespondenz führten. Es gelang auch, ihre Wohnungen zu ermitteln und die Unterhaltungslokale, in denen sie sich amüsierten. Anscheinend verfügten sie über große Geldmittel; sie kauften Kleider und Pelze für Hunderttausende. Zuletzt wohnten die beiden Mörder im „Hotel Astoria", dem besten Hotel Budapests. Nach dem Besuche einer gewissen Persönlichkeit verließen sie das Hotel mit ihrem gesamten umfangreichen Gepäck. Die deutschen Detektive verfolgten ihre Spur. Als sie aber den Wunsch äußerten, sich nach einer bestimmten Stadt des westlichen Ungarns zu begeben, wurden sie daran von den ungarischen Behörden mit der Begründung verhindert, die Deutschen hätten sich seinerzeit geweigert, den Kommunisten Csernyak auszuliefern, der der Teilnahme an der Ermordung Tiszas beschuldigt war. Erst nach langen Bemühungen wurde dieses Verbot aufgehoben. Inzwischen waren kostbare Tage verloren gegangen und die Deutschen dürften in dem in Frage kommenden Ort zu spät eingetroffen sein. Sie werden dieser Tage unverrichteter Sache wieder abreisen.

Das edle Frankreich und das hungernde Rußland.

Paris, 16. Febr. In der heutigen Kammersitzung stellte Abgeordneter Fernand Buisson (Radikal) die Anfrage an die Regierung, wie die 6 Millionen Franks Unterstützungen, die die Kammer für die Hungernden in Rußland bewilligt habe, verteilt würden. Er fragte ferner, warum man sich nicht dem Werke Nansens angeschlossen habe. Das französische Rote Kreuz habe auf verschiedene Anfragen geantwortet, es dürfe auf Befehl der Regierung nichts in Rußland unternehmen. — Ministerpräsident Poincare erwiderte, die französische Regierung sei wie die Kammer darauf bedacht, Rußland so rasch und so ergiebig wie möglich Hilfe zu bringen. Das sei eine humanitäre Frage. Deshalb hätten die Kammern auch eine Unterstützung von 6 Millionen bewilligt und viele französische Privatleute und Gesellschaften hätten bedeutende Summen gespendet. Für über dreieinhalb Millionen Francs Lebensmittel (das ist ja eine geradezu atemberaubende Summe) seien schon verteilt worden. Das französische Rote Kreuz habe verlangt, nach Rußland reisen zu dürfen. Es sei ihm geantwortet worden, daß es sich mit dem Internationalen Roten Kreuz auseinandersetzen müsse. Das sei vor einem Monat gewesen. Das französische Rote Kreuz habe aber gedacht, seine eigene Rhysiognomie wahren zu müssen. Das französische Rote Kreuz, das keine Regierungsorganisation sei, könne mit den Sowjetvertretern in Verbindung treten. Die französische Regierung werde alles tun, um dem Willen der Kammern, die Rußland hätten Hilfe bringen wollen, Folge zu geben. — Der Abgeordnete Buisson erwiderte, er verlange von der Kammer die Feststellung, daß es bedauerlich sei, daß Frankreich ganz allein sich bis jetzt geweigert habe, sich einem humanitären Werk von dieser Bedeutung anzuschließen. — Schließlich wurde der Antrag des sozialistischen Abgeordneten Mistral, die Anfrage Buisson in eine Interpellation umzuwandeln, mit 446 gegen 134 Stimmen abgelehnt.

Beginn der Aussperrung in Dänemark.

Kopenhagen, 15. Febr. Die inzwischen erfolgte Aussperrung umfaßt zirka 200 000 Arbeiter. Die staatlichen Schlichtungsbehörden machen Vermittelungsversuche.

Deutschland.

Der bayrische Ministerpräsident über politische Erziehung.

München, 15. Febr. In einem Vortrag über die politische Erziehung des deutschen Volkes sagte Ministerpräsident Graf Lerchenfeld, daß sie sich an das ganze Volk wenden müsse. Denn dieses sei heute mit gleichen Rechten an dem politischen Leben beteiligt, und daß sie sich nach den besonderen Eigenschaften der einzelnen deutschen Volksstämme richten müsse. Politische Erziehung müsse die Ursachen begangener Fehler zu beseitigen suchen und die Kräfte schaffen, die das deutsche Volk brauche, um seine Stellung in der Welt zu behaupten. Mit lebhaftem Beifall wurden die Worte des Redners von der Aufrechterhaltung der deutschen Einheit aufgenommen. Die Bayerische Volkspartei wolle nichts, was mit der Einheit des deutschen Volkes nicht vereinbar sei. Graf Lerchenfeld warnte vor abenteuerlichen Plänen in dem Augenblick, wo wir um unsere Existenz kämpfen und betonte, daß die Einheit des Volkes auch in sozialer Beziehung bestehen soll.

Die disziplinarischen Maßnahmen aus Anlaß des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 16. Febr. In der Beamtenschaft wie im Publikum herrscht vielfach noch Unklarheit über die disziplinarischen Maßnahmen, die nach den Richtlinien des Reichskabinetts aus Anlaß des Beamtenstreiks zu treffen sind. Danach dürfen nur solche Beamte aus Anlaß des Streiks entlassen werden, die Urheber des Streiks waren, Sabotage oder gewaltsame Eingriffe verübt oder andere Beamte durch Gewalt oder Drohung mit Gewalt in der Erfüllung ihrer Dienstpflicht behindert haben. Stellt sich bei unkündbaren Beamten während des Disziplinarverfahrens heraus, daß dieser Tatbestand nicht zutrifft, so wird das Verfahren eingestellt. Stellt sich bei kündbaren Beamten die Entlassung als nicht gerechtfertigt heraus so wird sie durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgezogen. Gegen Beamte, die durch Wort oder Tat zum Ausbruch oder zur Fortsetzung des Streiks aufgefordert haben, und gegen solche Beamte, von denen infolge ihrer Stellung ein besonderes Verantwortungsgefühl erwartet werden müßte, werden Ordnungsstrafen und zwar Warnungen oder Verweise verhängt, Geldstrafen nur in besonderen Fällen. Mitläufer beim Streik verlieren lediglich wie alle am Streik Beteiligten die auf die Streikzeit entfallenden Einkommensbezüge. Durch besondere Anordnungen ist Vorsorge getroffen, daß die eingeleiteten Verfahren mit möglichster Schnelligkeit durchgeführt werden. Alle Beschwerderechte sind selbstverständlich den Beamten gewahrt. — Aus Vorstehendem geht hervor, daß sich die Reichsbahnverwaltung genau an die Richtlinien des Kabinetts hält und daß sie bei Handhabung ihrer Maßnahmen auch die psychologischen Momente voll würdigt. Die mehrfach von interessierter Seite in die Presse gebrachten Nachrichten über die Zahl dieser Disziplinarfälle sind falsch. Alle Zahlen sind unter Vergleich mit der Gesamtzahl der Streikenden zu würdigen, die auf mindestens 100 000 geschätzt werden muß.

Berlin, 16. Febr. Polizeipräsident Richter erörterte vor den Polizeioffizieren der Berliner Schutzpolizei und den Vertretern der Beamtenausschüsse seinen Standpunkt zum Streikrecht der Schutzpolizei. Er stellte erneut und nachdrücklich fest, daß ein solches Streikrecht überhaupt nicht in Frage komme.

Erneute Eigenmächtigkeit in der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten.

Berlin, 16. Febr. Heute ist der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten und -Anwärter in Berlin zusammengetreten, um zu der Frage der Disziplinierung Stellung zu nehmen. Der Reichsverkehrsminister hatte zwar den Mitgliedern des erweiterten Vorstandes im Reiche zu der Reise nach Berlin keinen Urlaub erteilt. Die in Frage kommenden Vertreter sind jedoch sämtlich erschienen.

Neue Erhöhung der Gütertarife.

Berlin, 16. Febr. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hört, wird mit Wirkung vom 1. März ab eine weitere Erhöhung der Eisenbahngütertarife um 20 Prozent eintreten.

Ueberfremdung.

Von D Reinhard Mumm,

Mitglied des Reichstags (Deutschnational).

In Berlin-Schöneberg sind vom 1 Oktober 1918 bis zum 31. März 1921 535 Hausgrundstücke verkauft worden, darunter nicht weniger wie 172 an Ausländer, und zwar sind 134 an natürliche Personen und 38 an Gesellschaften mit beschränkter Haftung übergegangen. So berichtet der Direktor des Schöneberger Statistischen Amtes, Herr Dr. Kuczinski im Vierteljahrsheft der „Deutschen Städte".

In München sind von den dort vorhandenen rund 15 000 Häusern in den letzten Jahren 1900—2000 an Ausländer verkauft worden. So erklärte der bekannte Hausbesitzerführer Humar in der dortigen „Sozialisierungskommission".

Diese Angaben beleuchten blitzartig die unendliche uns drohende Gefahr der Ueberfremdung.

Und wie erst sieht es im gesamten besetzten Gebiete aus!

Die gleiche Gefahr der Ueberfremdung droht bei allen Aktiengesellschaften. Man spricht von sehr großen Unternehmungen, die bereits in den Händen des Auslandes sind. Vom größten Teil der Margarineindustrie steht seit langem fest, daß das ausländische Geld in ihr herrscht. Und diese Ueberfremdung geht als Folge der Geldentwertung ständig weiter.

Das Wort „Ueberfremdung" war vor wenig Jahren noch fast unbekannt. Man mußte sich in die Verhältnisse Südamerikas vertiefen, um zu erkennen, wie schwer eine unterwertige Valuta auf dem Lande lastet. Ganz Amerika ist in der Zinsknechtschaft der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die „Vereinigten Staaten" herrschen über den ganzen Weltteil nicht durch Waffen, sondern durch die Kraft der Zinsknechtschaft. Ueberall sind die besten Unternehmungen, das beste Land in ihrem Besitz. Und dadurch beherrschen sie die Länder. In gleicher Weise herrscht Großbritannien über Portugal.

Wie es bei uns in der Reichshauptstadt steht, darüber hört man täglich neue Einzelnachrichten. Der „Goethepark" ist überfremdet. Ein großer Teil des Kurfürstendammes soll bereits in den Händen des Auslandes sein.

Für Sachsen wird bereits eine Gesamtziffer, und zwar in der Zeitschrift des sächsischen Statistischen Landesamtes veröffentlicht. Es werden dort 589 Fälle von Hypothekenbestellungen im Betrage von 37,8 Millionen Mark und 373 Fälle von Grundbesitzübergang mit einem Betrage von 59,8 Millionen Mark allein für das Jahr 1920 nachgewiesen, die lediglich Ausländer betreffen.

Wie es 1921 gegangen ist, wie es 1922 weiter gehen wird, kann man sich denken. Und dabei sind alle die Fälle, in denen sich der Ausländer eines deutschen Strohmannes bedient, gar nicht berücksichtigt, weil die Statistik sie nicht erfassen kann.

Man sieht, es bedarf nicht der alten römischen Sklaverei. Die moderne Finanzwissenschaft kennt ganz andere Formen, ein Volk in die Sklaverei zu bringen.

Enger ung enger zieht sich das finanzielle Netzwerk unserer Gegner zusammen, und unsere Feinde sind geschäftig, uns einzulullen und uns über den furchtbaren Ernst hinwegzutäuschen.

Hiergegen unser deutsches Volk zu wappnen an der Seele ist eine ernste Aufgabe nicht nur der Parteien, sondern aller derer, die ein freies deutsches Vaterland für Kinder und Enkel wollen.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 17. Februar 1922.

Der Gemeinde- und Körperschaftsbeamtenverband zum Beamtenstreik und zur Notlage der Pensionäre.

Der Vorstand des Zentralverbands württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten hat am 11. ds. folgende Entschließung gefaßt: 1. Zum Beamtenstreik: Die den Eisenbahnerstreik ablehnende Haltung und Betätigung der Verbandsleitung wird gebilligt. Der Zentralverband württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten steht auf dem Boden der unbedingten Erhaltung des Berufsbeamtentums, nicht allein im Interesse der Beamten selber, sondern vor allem deshalb, weil nur ein für seine Aufgaben vorgebildetes, mit besonderer Rechtsstellung ausgestattetes, von dem Wechsel politischer und parlamentarischer Strömungen unbeeinflußtes Beamtentum zwischen den widerstreitenden Bestrebungen der verschiedenen Parteien, Berufe und Einzelpersönlichkeiten ausgleichend zu wirken vermag und damit dem Wohle des gesamten deutschen Volkes Grundlage und Fortentwicklung geben kann. Als unerläßliche Folgerung aus dieser Auffassung lehnt der Verband den Lohnstreik als gewerkschaftliches Kampfmittel einer Beamtenorganisation ab. Angesichts des Umstandes, daß die Frage des Beamtenstreikrechts trotz der regierungsseitigen Erklärungen in- und außerhalb des Reichstags — denen eine authentische Rechtsauslegung nicht zukommt — umstritten ist, hält er eine baldige gesetzgeberische Klarstellung für notwendig. — 2. Zur Notlage der Pensionäre: Der Zentralverband württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Notlage der Pensionäre von den maßgebenden Stellen nicht genügend gewürdigt wird. Er fordert den Württ. und Deutschen Beamtenbund, sowie den Reichsbund der Kommunalbeamten auf, bei den z. Zt. mit der Reichsregierung im Gange befindlichen Verhandlungen über die Neuregelung der Besoldung mit in erster Linie des Elends der Ruhegehaltsempfänger u. Beamtenhinterbliebenen zu gedenken und für die Berechnung der Pensionen einen möglichst einfachen und zeitsparenden Weg zu suchen. Das bisher im Reich und im Land Württemberg übliche komplizierte Berechnungsverfahren des Pensionsergänzungsgesetzes läßt eine sofortige Auszahlung der in Anpassung an die aktiven Beamtengehälter jeweils erhöht werdenden Pensionen im Zeitpunkt der Fälligkeit nicht zu, was bei der fast täglich fortschreitenden Geldentwertung unerträglich ist.

Ein Schiedsspruch für die Gemeindearbeiter Württembergs.

Die Bezirksleitung des Zentralverbandes der Gemeindearbeiter und Straßenbahner (Christl. Gewerkschaft) berichtet, daß am 14 Februar die Bezirksschiedsstelle in Stuttgart unter dem Vorsitz von Regierungsrat Mattutat in der Lohnstreitfrage der Gemeindearbeiter folgenden Schiedsspruch fällte. Die Teuerungszulage erhöht sich pro Stunde ab 1. Januar für Arbeiter und Arbeiterinnen über 21 Jahren in Stuttgart u. Feuerbach um 1 80 M. (Lohnklasse IV 1.30 M., in Ortsklasse I um 1.60 M. (1 M.), in Ortsklasse II um 1.40 M. (0,90 Mark), in Ortsklasse III um 1,10 (0 80 M.), in Ortsklasse IV um 0,90 M. (0,70 M.). Ab 1 Februar erhöht sich die Teuerungszulage pro Stunde in Stuttgart und Feuerbach um 2 M. (in Lohnklasse IV um 1 40 M.), in Ortsklasse I um 1,80 M. (1,10 M.), Ortsklasse II 1 60 (1 M.), Ortsklasse III 1 30 M. (0 90 M.), Ortsklasse IV 1,10 M. (0 80 M.). Vom 16 Februar tritt eine neue Erhöhung der Zulage ein: in Stuttgart u. Feuerbach um 2 60 M. (Lohnklasse IV 1,90 M.), in Ortsklasse I 2,40 M. (1,60 M.), Ortsklasse II 2,20 M. (1,50 M.), Ortsklasse III um 1,90 M. (1.40 M.), Ortsklasse IV 1.70 M. (1.30 M.). Für Arbeiter und Arbeiterinnen von 18—21 Jahren wurden die Teuerungszuschläge wie in Lohnklasse IV festgesetzt. Beide Parteien erklärten, daß sie sich dem Spruch der Bezirksschiedsstelle unterwerfen.

Ermäßigung beim Steuerabzug.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Auf Grund der im Dezember v. Js. ausgegebenen Steuerbücher werden seit 1. Januar die Ermäßigungen beim Steuerabzug vom Arbeitslohn berechnet. Eine Erhöhung der Ermäßigungen kann beantragt werden für mittellose Angehörige, die von dem Steuerpflichtigen unterhalten werden. Ferner ist eine Erhöhung zugelassen, wenn der Steuerpflichtige nachweist, daß die ihm erwachsenden Werbungskosten den auf dem Steuerbuch vermerkten Betrag von 5400 M im Jahr in Wirklichkeit um mindestens 450 M übersteigen. Endlich kann eine Erhöhung dann eintreten, wenn sich die Zahl der zur Haushaltung zählenden minderjährigen Kinder seit der Ausstellung des Steuerbuchs um mindestens zwei vermehrt hat. Alle diese Erhöhungen der Ermäßigungen treten nur auf Antrag ein. Diese Anträge können bis 31. März beim Finanzamt bezw. bei der Gemeindebehörde eingereicht werden. Die Erhöhungen werden auf dem Steuerbuch vermerkt und wirken erst von dem Zahltag ab, bei dem das ergänzte Steuerbuch dem Arbeitgeber vorgelegt wird.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Vom Calwer Schlachthaus.

In der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1922 wurden im hiesigen Schlachthaus geschlachtet: 8 Ochsen, 5 Rinder, 3 Farren, 8 Kühe, 47 Kälber, 38 Schweine und 21 Schafe.

Die Errichtung von Staatsrentenämtern.

Durch eine Verfügung des Staatsministeriums werden die Staatsrentämter in Württemberg zum 1. März ds. Js. in Tätigkeit gesetzt und zugleich ihr Wirkungskreis und zugleich die räumliche Abgrenzung dieser Aemter näher bestimmt. Die 11 Staatsrentämter haben ihren Sitz in Stuttgart, Backnang, Ellwangen, Freudenstadt, Göppingen, Heilbronn, Hirsau, Rottweil, Tübingen, Ulm und Weingarten. Als Geschäftsaufgaben wurden ihnen übertragen: 1) Die Verwaltung des staatlichen Grundbesitzes an Gebäuden einschl. Hausgärten und der zusammen mit Gewerbebetrieben verpachteten Güter, ferner an Domänen und Bauplätzen; 2) die Kassen- und Rechnungsführung für die Bau- und Forstverwaltung, 3) die Bezahlung der Lehrergehalte. Der Wirkungskreis der Staatsrentämter umfaßt überhaupt — abgesehen von den Landessteuergeschäften, deren Besorgung bei den Finanzämtern bleibt — alle Landesgeschäfte, die bisher die Finanzämter erledigten. Es gehören hierher besonders die Erhebung ländlicher Miet- und Pachtzinse, Konzessionsgelder, Gebühren usw. für Nutzung staatlicher Gebäude und Grundstücke, ferner die Einnahmen aus dem Staatswaldbesitz die Leistung sämtlicher Ausgaben für die staatliche Bau- und Forstverwaltung, sowie für die Verwaltung des sonstigen staatlichen Grundbesitzes. Im einzelnen wird sodann die Zuteilung der Finanzamts-, Bauamts- und Forstamtsbezirke sowie der Domänen an die einzelnen Staatsrentämter geregelt.

Tuberkulose und Wohnungsnot.

Die zunehmende Uebervölkerung unserer Städte beschwört eine Gefahr herauf, die sich bei allen möglichen Seuchen verhängnisvoll geltend machen muß, die sich bei der Tuberkulose aber bereits in schwerwiegendster Weise geltend gemacht hat. In den letzten Jahrzehnten ist bei wachsendem Wohlstand und besserer Ernährung der breiten Volksmassen die Sterblichkeit in dieser Krankheit dauernd gesunken. Während der letzten Kriegsjahre erfolgte ein immer rascherer Anstieg und jetzt hat die Sterblichkeit bereits dieselbe Höhe erreicht wie vor 40 Jahren, aber leider sind in Wirklichkeit die Verhältnisse viel ungünstiger als in den 80er Jahren. Damals rasch steigender, jetzt rasch sinkender Wohlstand, und wie tief er sinkt, das wissen wir noch kaum. Nach den Erfahrungen der Tübinger Kinderklinik steht es bereits so, daß von 100 eingewiesenen Kindern 33 angesteckt und 11 an Tuberkulose direkt erkrankt sind. Mit aller Sicherheit wissen wir jetzt, daß die erste Ansteckung von dieser Krankheit bereits in der Kindheit eintritt, wenn auch der offene Ausbruch erst nach vielen Jahren erfolgt; und ebenso sicher ist der Wissenschaft jetzt bekannt, daß die Wohnung es ist, die den Herd der Ansteckung darstellt. Die Enge der Wohnung und die Dichte der Belegung ist die Quelle, aus der diese gefährlichste und unheimlichste Seuche unserer Zeit gespeist wird. Die Krankheit wird durch die beim Husten ausgestoßenen Tröpfchen verbreitet, die die Umgebung eines Lungenkranken, besonders für die kleinen Kinder, zu einer ständig sich erneuernden Ansteckungsquelle gestalten. Je enger das Zusammenwohnen, desto größer und anhaltender die Gefahr, und in den engen Notwohnungen unserer Zeit entgeht kein dort aufwachsendes Kind der Ansteckung, wenn ein Tuberkuloser mit Auswurf im selben Raum wohnt. So schwer und kostspielig und oft erfolglos die Bekämpfung der ausgebrochenen Krankheit ist hier haben wir es in der Hand, mit höchstem Erfolg vorbeugend und bessernd einzugreifen. Das Geld, das in neuen gesunden Wohnungen angelegt wird, ist in unserer erbärmlich materiellen Zeit nicht nur die edelste, sondern bei weitschauender Betrachtung auch die einträglichste Kapitalanlage. So allein vermögen wir diese uns alle bedrohende Krankheit mit Geldmitteln zu bekämpfen, die wenn auch hoch, so doch noch erschwinglich für uns sind. Die gewaltigen Summen aufzubringen um die einmal ausgebrochene Krankheit zu heilen dazu wird unser Wohlstand bald nicht mehr ausreichen.

Der Preis für Zeitungsdruckpapier.

Bis zum 31. Dezember 1921 betrug der Preis für Zeitungsdruckpapier 420 M für 100 Kg. Ab 1. Januar wurde er auf 700 M und ab 1. Februar neuerdings auf 730 M erhöht. Dazu kommen noch weitere Spesenaufschläge.. Für den Monat März ist eine neue Preiserhöhung angekündigt. Zur Beurteilung dieses Dividendenwahnsinns fügen wir bei, daß im Frieden eine Wagenladung Zeitungspapier 2100 M gekostet hat bei freier Zufuhr, heute dagegen 73 000 M ab Station.

Deutsche Einheitskurzschrift.

Die Bestrebungen zur Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift scheinen in absehbarer Zeit von Erfolg gekrönt zu sein. Kürzlich fand in Berlin im Reichsministerium des Innern eine Konferenz zur Förderung der Einheitskurzschrift statt, an der Vertreter der Reichsregierung und fast aller Landesregierungen teilnahmen. Es wurde folgende Entschließung einmütig angenommen: „Die Vertreter der Länder und der hier anwesenden Reichsressorts (Reichsministerium des Innern, Reichswirtschafts-, Reichspost- und Reichsverkehrsministerium) sind einig in dem Bestreben der baldigen Schaffung einer Einheitskurzschrift. Sie sind bereit, zu diesem Zweck geeignete, besonders pädagogisch geschulte Vertreter in den Ausschuß zur Schaffung einer deutschen Einheitskurzschrift zu entsenden, der unter Zugrundelegung des Einheitsentwurfs der Schulen Gabelsberger und Stolze-Schrey den Entwurf einer deutschen Einheitskurzschrift endgültig aufstellt. Das Reichsministerium des Innern wird ersucht, die weiteren Schritte zu unternehmen und das Ergebnis der Arbeiten des Ausschusses den Regierungen des Reiches, der Länder und Deutsch-Oesterreichs zur Annahme zu empfehlen."

Das Bauprogramm der Stadt Stuttgart.

(SCB.) Stuttgart, 16. Febr. Die Stadtverwaltung Stuttgart hat im Baujahr 1921 221 Wohnungen mit einem Aufwand von rund 20.5 Millionen Mark erstellt. Dazu kommen noch die Bauten der verschiedenen Genossenschaften, Siedlungsvereine, von Privaten und von Reich und Staat, so daß zusammen 800 Wohnungen neu erstellt wurden Die Zahl der Wohnungssuchenden betrug im Dezember 1921 6000, wovon etwa 75 Prozent eine Zweizimmerwohnung mit Wohnküche wünschten. Der Gemeinderat beschloß nun, im Baujahr 1922 durch das Hochbauamt 113 neue Wohnungen und durch den Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen weitere 47 Wohnungen mit einem Gesamtaufwand von 13,12 Millionen Mark erstellen zu lassen Außerdem sollen wie im Vorjahr mindestens sechs Millionen Mark für Bauzuschüsse verwilligt werden. Für den Einbau von 60 Notwohnungen wurden weitere 1,2 Millionen Mark bereit gestellt, nachdem bisher durch Einbau 700 Wohnungen gewonnen wurden. Außerdem soll durch Gewährung von Prämien, wofür 200 000 Mark bereit gestellt sind, veranlaßt werden, daß kleine Haushaltungen ihre Selbständigkeit aufgeben, ihre Wohnung freimachen und sich mit einer anderen Haushaltung vereinigen. Die Durchführung dieses Bauprogramms erhöht den Aufwand der Stadtgemeinde für die Wohnungsfürsorge auf rund 70 Millionen Mark Der Aufwand für die bis 1. Januar fertiggestellten 1016 Wohnungen betrug 39 Millionen Mark, der eine jährliche Verzinsung von 792 000 Mark somit einen jährlichen Abmangel von rund 2,3 Millionen Mark erbringt Der Gemeinderat stimmte im großen Ganzen dem Bauprogramm zu.

Liebenzell, 15. Febr. Gestern fand unter dem Vorsitz von Herrn Oberamtmann Gös-Calw auf dem hiesigen Rathaus Tagfahrt in Sachen der Wiederinstandsetzung des Monbachtales statt. Hierzu waren die in Betracht kommenden Gemeinden und Behörden eingeladen und deren Vertreter erschienen. Der Vorsitzende unterbreitete und erläuterte einen Abänderungsvorschlag der Kulturinspektion Reutlingen, wonach, wenn nicht sofort das ganze Projekt zur Ausführung kommen soll, wenigstens ein Teil des Projekts ausgeführt werden sollte und zwar Hochwassersperrmauer I und Korrektion des Monbachs in seinem Unterlauf. Dipl.Ing. Zimmermann als Vertreter des christl. Vereins für Jugendwohlfahrt würde wünschen, daß womöglich das ganze Projekt sofort zur Ausführung kommen sollte. Nach dem Kostenvoranschlag der Kulturinspektion, der von dem badischen Straßen- und Wasserbauamt geprüft und nach den heutigen Verhältnissen ergänzt wurde, würde das Teilprojekt auf rund 100 000 M zu stehen kommen, wovon württembergischerseits die Hälfte zu tragen wäre, woran sich der Staat mit 50 Prozent, die Eisenbahnverwaltung mit 7500 M, die württ. Forstverwaltung mit zirka 7000 M, der Verein für Jugendwohlfahrt mit 2500 M und die Amtskorperation mit 10 Prozent beteiligen würden. Der Rest müßte von den anstoßenden Gemeinden Monakam, Liebenzell und der Teilgemeinde Dennjächt getragen werden. Der Ortsvorsteher von Monakam erklärt, daß seine Gemeinde zu hoch belastet werde, da das Interesse Monakams an der Sache nur ein geringes sei, wenn er auch zugeben müsse, daß nach den Gesetzen eine rechtliche Verpflichtung bestehe. Liebenzell und Dennjächt, die nur mit 70 resp. 50 Meter an den Monbach stoßen, erklären sich bereit, für diesen Teil die Kosten zu übernehmen. Es handelte sich nun noch um den Teil Badens von 160 Meter, der auf dem linken Monbachufer liegt und für welchen nach Vereinbarung Württemberg die Kosten zu tragen hätte. Nach reichlicher Aussprache erklären sich Liebenzell und Dennjächt bereit, zu ihrem Teil je noch 30 Meter zu übernehmen, worauf sich der Vertreter des christl. Vereins für Jugendwohlfahrt bereit erklärt, vorbehältlich der Zustimmung des Ausschusses genannten Vereins die noch fehlenden 100 Meter zu übernehmen. Dadurch kam endlich eine Vereinbarung zustande, die fehlenden Baukosten unter Zugrundelegung von 800 Anteilen aufzubringen, von Monakam für 520 Teile, Liebenzell für 100 Teile, Dennjächt für 80 Teile und der Verein für Jugendwohlfahrt für 100 Teile. So ist wenigstens württembergischerseits über die Aufbringung der Mittel Klarheit geschaffen und liegt es nun an Baden und den beteiligten Gemeinden und Behörden über die Aufbringung der Kosten sich zu einigen, damit der Bau möglichst bald in Angriff genommen werden kann.

(SCB) **Leonberg**, 16. Febr. Ein seltenes Schauspiel haben die Besucher des Pferdemarkts erlebt. Zwei Zigeunerfrauen sind sich aus Eifersucht in die Haare geraten. Die eine, Mutter von 5 Kindern, versuchte, ihrer Nebenbuhlerin mit einem Rasiermesser die Kehle durchzuschneiden. Das Rasiermesser konnte ihr entrissen werden, aber niemand vermochte die beiden Kämpfenden zu trennen, die sich mit den Fingernägeln gegenseitig die Gesichter zerkratzten und die glänzenden schwarzen Haare in dicken Büscheln ausrissen. Schließlich gelang es aber doch, unter Anwendung von mehrfacher männlicher Gewalt, die Furien zu trennen und sie in Gewahrsam zu bringen.

(SCB) **Stuttgart**, 16. Febr. Am Donnerstag nachmittag kehrten die **schwäbischen Singvögel von ihrer Amerikareise wohlbehalten zurück.** Der Empfang von Verwandten und Freunden am Bahnhof gestaltete sich sehr herzlich. Die Liedergruppe hat in Amerika rund 60 Konzerte veranstaltet. Neben ideellen und vaterländischen Erfolgen brachten sie auch schöne finanzielle Beihilfen für notleidende Kinder und Bedürftige mit nach Hause.

(SCB.) **Stuttgart**, 16 Febr Der hiesige Bürgerrat hat in einer Versammlung von 100 Vorständen der angeschlossenen Vereinigungen seine Auflösung beschlossen und zugleich die Ueberführung der ganzen Organisation in den Schwabenbund. Der Schwabenbund in Württemberg zählt bereits über 200 000 Mitglieder.

(SCB.) **Stuttgart**, 15. Febr. Die Akademie der bildenden Künste zählt im laufenden Winterhalbjahr 157 Studierende, darunter 137 Maler, 19 Bildhauer und 1 Zeichenlehrer.

(SCB.) **Stuttgart**, 15. Febr. Der frühere Polizeiwachtmeister Adolf Stollenmaier von hier wurde vom Strafsenat des Reichsgerichts in Leipzig zu 2½ Jahren Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Aus Rache hatte er nach seiner Entlassung aus der Polizeiwehr einem vermeintlichen Verbandsoffizier, der aber ein deutscher Beamter war, militärische Geheimnisse verraten. Ein Schaden für das Reich ist nicht erwachsen.

(SCB.) **Freudenstadt**, 16 Febr. Der Gemeinderat beschloß die Errichtung eines Kriegerdenkmals, voraussichtlich auf dem Marktplatz, nach dem Entwurf eines langjährigen Kurgastes, einem bekannten Kunstbildhauer. Die Kosten des Denkmals betragen 250 000 M. Es versinnbildlicht die Mutter Freudenstadt, die um ihren gefallenen Sohn klagt, der, zu Tode getroffen, in ihrem Schoß mit abgeschlagenem Schwerte liegt. — Zwischen Stadtgemeinde und Kurverwaltung kam ein Vertrag zustande über Anstellung von 15 Berufsmusikern für das ganze Jahr.

(SCB.) **Göppingen**, 15. Febr. Auf der Straße nach Faurndau wurde ein junger Mann schwer verletzt aufgefunden. Die Deichsel eines Handwagens hatte ihm die Hauptschlagader zerrissen. Bei dem Schwerverletzten fand man eine Kiste Messing im Wert von 30 000 Mark, die gestohlen war. Ein Meister einer hiesigen Firma hatte den jungen Mann beauftragt, das gestohlene Messing heimlich fortzuschaffen. Er wurde ins Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. — Auf dem Maienwasen wurden 35 Klg. Messing gefunden, über deren Herkunft noch Dunkel liegt.

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.

Der Dollar gilt heute in Frankfurt 200,70 M; der Schweizer Franken 39,29 M.

Allgäuer Milchindustrie-A.-G.

(SCB) Wangen i. A., 15. Febr. (Allgäuer Milchindustrie-A G.) Mit einem Kapital von 3 Millionen Mark wurde hier eine Aktiengesellschaft gegründet, die den Betrieb von Käsereien, Molkereien, Herstellung von chemischen Produkten, Nähr- und Arzneimitteln und den Handel mit diesen Erzeugnissen betreibt. Vorstand ist Chemiker Dr. Emil Trutzer in München. — Das ist aber eine ganz eigentümliche Gesellschaft.

Die Frostschäden an den Obstbäumen.

Die plötzlich eingetretene Kälte hat vielen Obstbäumen schweren Schaden zugefügt Mancher Gartenbesitzer wird finden, daß die Rinde seiner Obstbäume von der Wurzel bis zur Krone einen klaffenden Riß zeigt, wodurch die Bäume in ihrer weiteren Entwicklung gehindert sind. Das Zerreißen der Rinde beruht auf der Zellenausdehnung beim Gefrieren des Zellsaftes. Während des kurz vorher herrschenden nassen Wetters haben nämlich die Rindenzellen viel Feuchtigkeit aufgesogen. Diese Schädigungen wären zum Teil vermieden worden, wenn man die Stämme und unteren Astteile mit Kalkmilch bestrichen hätte. Die weiße Farbe lenkt bekanntlich die Sonnenstrahlen ab. Da die Bäume nicht in der Lage sind, so große Wunden allein auszuheilen, so schneidet man sie mit scharfem Messer aus, verstreicht sie mit einem Gemisch von Lehm und Kuhfladen und überbindet die Masse mit Rupfen. Kleinere Risse werden ebenso behandelt und mit Baumwachs verstrichen. Sachgemäße Düngung — nicht einseitig mit Jauche — hilft mit, die Bäume wieder gesund und widerstandsfähig zu machen.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst.

Sexagesimä, 19. Febr. 1922. Vom Turm: Nr 368. 9¼ und 10¼ Uhr: Hauptgottesdienst, Predigtlied Nr. 360: Von dir, o Vater. Dekan Zeller. 11¼ Uhr: Sonntagsschule. 1 Uhr: Christenlehre. Ohne Jungfrauenverein. 5 Uhr: Abendgottesdienst; Stadtpfarrverweser Josenhans.

Donnerstag, 23. Februar 1922: 8 Uhr: Bibelstunde; Dekan Zeller.

Katholische Gottesdienste.

Sonntag, den 19. Februar 8 Uhr Frühmesse ½10 Uhr Predigt und Amt. 2 Uhr Andacht. — **Montag** 8 Uhr Gottesdienst in Liebenzell.

Gottesdienste der Methodistengemeinde.

Sonntag, den 19. Februar 1922.

Vorm. ½10 Uhr: Predigt; Flößer. 11 Uhr: Sonntagsschule. Abends 5 Uhr: Predigt; Vögele. **Mittwoch:** 8 Uhr: Bibel- und Gebetstunde.

Stammheim: vorm. 10 Uhr: Predigt; Vögele; nachm. ½2 Uhr: Zeugnis-Gottesdienst. **Mittwoch:** 8 Uhr: Bibel-Gebetstunde.

Literatur.

Das Rheinlandkabel, herausgegeben vom Reichspostministerium. Diese Denkschrift zur Fertigstellung des ersten deutschen Ueberland-Fernsprechkabels ist die literarische Würdigung eines Ereignisses, dessen Andenken die Blätter der Verkehrsgeschichte dauernd bewahren werden. **Eine mehr als 700 Kilometer lange Kabelleitung für Fernsprechverkehr verbindet seit einigen Wochen die Reichshauptstadt mit dem deutschen Westen.** Die Bedeutung dieser Tatsache in ihrem vollen Umfange zu erfassen, ist bisher nur Fachleuten möglich gewesen, da dem Außenstehenden zusammenhängende Einblicke fehlten Man muß es begrüßen, daß die Oeffentlichkeit aus dem Inhalt der Schrift jetzt eine anschauliche Vorstellung davon gewinnen kann, welche verkehrstechnische Großtat in unseren Tagen geschehen ist.

Vier Aufsätze sind in dem von der Reichsdruckerei geschmackvoll und sorgfältig gedruckten Heft vereinigt. Zunächst berichtet Geh. Oberpostrat im Reichspostministerium P. Craemer über „Die Entstehungsgeschichte des Rheinlandkabels". Er erklärt die Notwendigkeit gekabelter Fernsprechleitungen aus der Unzulänglichkeit und den Mängeln der oberirdisch geführten Linien und schildert die Schwierigkeiten, die bei der Kabelung der Fernsprechleitungen zu überwinden waren. Dann erörtert Prof. Dr. F. Breisig, Geh Postrat im Reichspostministerium, „Die theoretischen Grundlagen des Fernkabels" und erläutert die Mittel, die es anzuwenden und auszubauen galt, um den Sprechverkehr auf Fernkabeln überhaupt zu ermöglichen. Darauf folgen Ausführungen von Dr. A. Ebeling über „Die Herstellung des Rheinlandkabels mit seinen Pupinspulen" Reicher Bildschmuck ist dem gedruckten Wort beigegeben. Abbildungen charakteristischer Bauwerke, die hauptsächlichsten Städte, die das Kabel auf seinem Weg berührt, Zeichnungen zur Verdeutlichung des in den theoretischen Betrachtungen Gesagten, Darstellungen, die den Werdegang des Kabels und seines Zubehörs in Werkstatt und Fabrik aufzeigen, und Bilder, deren fesselnde Szenen die Auslegung selbst in ihren verschiedenen Stufen schildern.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Otto Seitmann, Calw.
Druck und Verlag der A. Oelschläger'schen Buchdruckerei, Calw.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Mariele.

Skizze von Wilhelm Sebaldt-Kehl.

Wie lange das Mariele schon im Gasthaus zum Hirsch Wirtschafterinhilfe geleistet, wußte genau kaum jemand zu sagen. Schon nachdem es die Volksschule verlassen, hatte der Hirschwirt, ihr Oheim, sie der Mutter abgebettelt und gemeinsam mit seiner Frau, die ihm keine Kinder geboren hatte, in väterlicher Gesinnung aufgezogen. In Küche und Haus betätigte sich das anstellige Kind mit Eifer und Verständnis, während sie noch die Fortbildungsschule zu besuchen hatte, und rückte dann allmählich zum Aufwartdienst in der vielbesuchten, weit und breit geradezu als volkstümlich angesehenen Wirtschaft auf.

Das hübsche, schlanke und artige Persönchen wurde bald der ausgesprochene Liebling der Stammgäste des Gasthauses, und wenn diese sich um den derben, runden Holztisch versammelten und an das erwartete „Viertele" Wein in wohlgefälliger Ahnung dachten, war die Einleitung zu dieser Erholung doch eigentlich erst dann in der Tat gegeben, wenn das Mariele sich an der Tischkante einstellte und die Begrüßung der alten oder älteren Herren entgegennahm. Dann leuchtete es in ihrem anmutigen Gesicht und den klaren Augen so freundlich auf, wie wenn draußen über der Tanne der Mond aufgeht und den kleinen Bereich mit seinem milden Lichte übergießt. Daß einer der Gäste jemals ein unziemliches Wort zu ihr geredet hätte, war fast gänzlich ausgeschlossen. Man betrachtete sie eben als das Kind des Hauses, beinahe als sein eigenes Kind, vor dem man Gedanken und Zunge fein säuberlich zu hüten habe. Kam aber etwa einmal ein fremder Fant in das Gastzimmer hinein und glaubte, sich dem Mädchen gegenüber ein mehr oder weniger dreistes Wort erlauben zu dürfen, so erfuhr er vom Mariele keine äußere Zurechtweisung, aber der Ausdruck ihres Gesichts, die abweisende Richtung, die die Augen nahmen, zeigten deutlich genug, daß er mit solcher Redeweise fehl am Orte sei. Wenn er überhaupt ein schlecht erzogener Kerl war, trank er dann schnell seinen Schoppen aus und verließ in scheuer Haltung das Gasthaus. War er aber sonst von guter Sinnesart und hatte nur aus Versehen einen falschen Weg der Rede eingeschlagen, so verbesserte er, dabei ein bißchen rot werdend, aus sich heraus seinen Irrtum und lenkte in eine ziemliche Unterhaltung ein, wobei ihm das Marie freundlich, aber gemessen Antwort stand.

Zu einer blühenden Jungfrau voll wirklichen Liebreizes wuchs so allmählich das Mädchen heran. Ihre Freundinnen hatten fast alle schon geheiratet, diese einen guten, jene einen weniger guten, eine dritte vielleicht sogar einen schlechten Mann. Das Mariele aber blieb immer noch unvermählt. Fragte sie jemand halb erstaunt, wie es denn gekommen sei, daß sie noch nicht in die Lebensbahn gelangt, die einem hübschen braven und fleißigen Mädchen doch fast als Regel beschieden ist, so flog ein merkwürdig versonnenes Lächeln über ihr Gesicht. Dem einem gab sie keine Antwort auf die Frage, was im Grunde auch eine Antwort war, dem anderen aber erwiderte sie kurz und artig, es habe sie eben noch kein Mann zum Weibe begehrt.

Das klang den meisten fast ganz unglaubhaft, denn Mariele war eigentlich schöner als die meisten Mädchen ihres Alters; von der Hauswirtschaft verstand sie so viel, daß damit die Ehefrauen ihren Anteil hätten bestreiten können, und dabei hatte sie einen so ausgesprochen liebenswürdigen Charakter, daß man sich schon besinnen mußte, um zu ermitteln, wo es denn etwa wohl ein besseres Mädchen gab.

„Sie haben mich alle lieb", gestand sie sich in leiser Wehmut, wenn der letzte Gast abends das Wirtshaus verlassen hatte und sie in Gedanken verloren die steile Holztreppe der Wohnung hinaufstieg. Stand sie dann in ihrem Schlafzimmer vor dem Spiegel, begann die Flechten zu lösen, die ihr so reizend um den wohlgeformten Kopf geschlungen waren, und rüstete sich so zur nächtlichen Ruhe, dann zog ein Seufzer ihr die Brust hinauf, und war dann das Abendgebet ihren schmalen Lippen entflossen, so sprach sie gleichsam als letzten Tagesgruß in das dunkle Zimmerchen hinaus: „Ach, wenn nur ein Einziger mich lieb haben wollte, das wäre vielleicht doch noch besser!"

Im Schlaf träumte sie dann manchmal von diesem Einzigen. Er hatte ein hübsches, offenes Gesicht und hatte eine so seelenvolle Stimme, wie sie noch keine gehört zu haben glaubte. Dieser Einzige ist aber bisher noch nicht gekommen. Gibt es einen solchen überhaupt nicht?

Weilderstadt.

Am Montag, den 20. Februar ds. Js.
findet hier

Schweine-, Vieh- und Pferde-Markt

statt, wozu hiermit eingeladen wird. Der Zutrieb aus Sperr- und Beobachtungsgebieten ist verboten. Ursprungs- und Gesundheitszeugnisse sind mitzubringen.

Stadtschultheißenamt: Schütz.

Freie Schlosser-Innung Calw.

Am Sonntag, den 19. Februar, nachmittags 4 Uhr, findet in der Restauration Carl Scheuerle (Nebenzimmer) in Calw die

Jahres-Versammlung

statt.

Tagesordnung:
1. Rechenschaftsbericht.
2. Neuwahlen.
3. Verschiedenes.

Um zahlreiches Erscheinen bittet **der Vorsitzende.**

Alzenberg, den 15. Februar 1922.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme, die wir während dem Kranksein und beim Hinscheiden unserer lieben treubesorgten Schwieger- und Großmutter

Marg. Barbara Wentsch

erfahren durften, dem Gesangverein Alzenberg für die Ehrung der Verstorbenen, den Herren Ehrenträgern, besonders dem Herrn Pfarrer Schmid für die so tief empfundenen Worte, sowie für die zahlreiche Begleitung zu ihrer letzten Ruhestätte sagen aufrichtigen Dank.

Familie Rupps.

Auf Ostern werden bei gründlicher Ausbildung angenommen:

1 Kontor-Lehrmädchen,
1 Vergoldungs-Lehrmädchen,
2 Polissenen-Lehrmädchen,
1 Aushauer-Lehrmädchen,
2 Emaillenen-Lehrmädchen,
2 Goldschmieds-Lehrlinge,
1 Graveur-Lehrling.

Eduard Ebener, Silber- u. Alpaccawarenfabrik,
Pforzheim-Brötzingen, Westliche 320.

Das „Calwer Tagblatt" kann jederzeit bestellt werden.

Markt-Gesuch.

Die Stadtgemeinde Herrenberg sucht um die Genehmigung nachstehender Abhaltung von

a) jährlich 2 Rindvieh- und Schweinemärkten je am 25. Tag nach dem Ostersonntag (einen Donnerstag und am 3. Donnerstag im November,

b) jährlich 2 Rindvieh- und Schweinemärkten je am 1. Donnerstag im Februar und am 2. Donnerstag im Juli.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, mit der Aufforderung, etwa gegen Einwendungen gegen das Gesuch binnen 14 Tagen, vom Tag der Veröffentlichung an gerechnet, hier anzubringen.

Herrenberg, 15. Febr. 22.

Oberamt: Risch.

B. G.

Samstag abend Abstimmung im Lokal. Sonntag abend ½8 Uhr im Waldhorn Zusammenkunft.

Mädchen-Gesuch.

Auf 15. März oder früher suche ehrl. kräftig. jüng.

Mädchen

für Küche und Haushalt u. Gartenarbeit, bei guter Behandlung, hohem Lohn, zu Familie. 2 Pers., bei Calw.

Angebote erbeten unter S. A. 40 an die Gesch. ds. Bl.

Zu baldigem Eintritt suche ich ein jüngeres, kräftiges

Mädchen

dem Gelegenheit zur Erlernung des Kochens gegeben ist.

Frau Carl Reichert,
Mittlere Brücke.

Tüchtiges, ehrliches

Mädchen

welches allen Hausarbeiten gewachsen ist, in angenehme, gutbezahlte Stellung gesucht.

Frau Birg, Karlsruhe,
Leopoldstraße 51.

Gesucht
wird ein braves

Mädchen

für leichte Arbeiten im Haushalt.

Fr. Pfenninger, Niefern
b. Pforzheim Lindenstr. 14.

Lediger Mann sucht sich an einem rentablen Geschäft mit einer Einlage von zirka 30 000 Mk. tätig zu beteiligen.

Angebote unter D. L. 40 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Gertrud Barth
Schülerin der Kammersängerin Meta Diestel
erteilt Gesangunterricht.
Calw, Hermannstraße 654.

Molkerei-Genossenschaft Gechingen e. G. m. b. H.

Bilanz pro 31. Dezember 1921.

Aktiva:

	M	₰
Kassenbestand	81	04
Wert der Immobilien	11 445.—	
Wert der Maschinen und Gerätschaften	6075.—	
Wert des Mobiliars	220.—	
Darlehen	387	50
Stückzinse	6	25
Warenvorräte	3125.—	
Verbrauchsgegenstände	355.—	
	21 694	79

Passiva.

	M	₰
Geschäftsguthaben der Mitglieder	2820.—	
Reservefond	6665	82
Betriebsfond	3500.—	
Steuerrückstage	5580.—	
Gewinn von heuer	2828	97
	21 694	79

Mitgliederstand
am 1 Januar 1921: 208,
eingetreten 9,
durch Tod ausgeschieden 6,

Haftsumme Mk. 20800.—,
„ mehr M 900
„ wenig. M 600
mehr Mk. 300.—

am 31. Dezember 1921: 211, Gesamthaftsumme Mk. 21100.—.

Gechingen, den 13. Februar 1922.

Rechner: Ezig. Vorstand: Gehring, Weiß, Schwarz.

Tüchtige selbständige

Haushälterin

auf kleinere Landwirtschaft gesucht. Heirat nicht ausgeschlossen.

Angebote unter W. C. 40 sind zu richten an die Geschäftsstelle ds. Bl.

Mädchen-Gesuch.

17—18jähriges

Mädchen

zu 1jährigem Kinde und zur Mithilfe im Haushalt in Landhaus gesucht. Eintritt 1. od. 15. März. Angebote an

L. G. Haeußermann
Waiblingen Rosberg I.

Zum baldigen Eintritt od. zum Eintritt nach der Konfirmation suchen wir

Lehrlinge

für die Kesselschmiede u. mech. Werkstätte,

unter günstigen Bedingungen Kost und Logis kann gereicht werden.

Gebr. Wagner,
Dampfkesselfabrik.
Cannstatt a. N.

Rheuma, Gicht.

Ischias, Gliederreißen, Neuralgie (Nervenschmerzen). Kostenlos teile ich gerne mit, wie tausende Patienten durch ein einfaches Mittel in kurzer Zeit Heilung fanden.

Krankenschwester Agnes,
Wiesbaden A 11.

Häkchen zu Getreidehaken

empfiehlt
das Stück zu 9 Mark
With Roller, Schmiedmeister, **Neubulach.**

Ankauf von

Lumpen u. Knochen sowie Altwaren

zum Tagespreis.

Karl Burkhardt,
Nonnengasse 139.

Beliebt

ist das „Calwer Tagblatt" durch seinen vorzüglichen Nachrichtendienst u. seine volkstümlich geschriebenen Leitartikel!

---

10 Ztr. Heu

sucht zu kaufen
Schühle, Badstraße 346.

Dr. Bullebs

Frosthell

versagt nie bei Frostbeulen. Zu haben bei **Huthsteiner & Kistowsky,** Ritter-Drog.

Bezirksverband d. Zentralverbands Wttbg. Gemeinde- u. Körperschafts-Beamten in Calw.

Zu der am **Sonntag, den 19. ds. Mts., nachmittags 2 Uhr, im kleinen Saal des „Badischen Hofes" in Calw** stattfindenden

ordentlichen

Mitglieder-Versammlung

wird die **gesamte Gemeinde- und Amtskörperschaftsbeamtenschaft** (Beamte u. Unterbeamte) höflich eingeladen.

Die Herren Gemeindepfleger werden aus diesem Anlaß besonders darauf hingewiesen, daß sie als Mitglieder des dem Zentralverband als Fachgruppe angeschlossenen Landesverbands der Wttbg. Gemeinderechner **Einzelmitglieder auch unseres Bezirksverbands sind.**

Um vollzähliges Erscheinen wird gebeten.

Große Hundeschau

findet am Sonntag, den 19. Februar

im Gasthaus z. „Rößle" in Neuhengstett

statt, wozu höflich einladen **mehrere Hundefreunde.**

Private

Drucksachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tischkarten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchskarten, Danksagungen

liefern wir rasch

A. Oelschläger'sche Buchdruckerei Calw

Felle

von Kanin, Feldhasen, Reh, Gaisen, Fuchs, Marder, sowie alle anderen Felle

kauft zu den höchsten Preisen an.

Erich Maischhofer, Pforzheim
Mod. Tierausstopferei, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501